

# Wer fällt durchs Netz? Landtag will Sozialwerke durchleuchten

Ob das bestehende Sozialversicherungssystem alle Betroffenen ausreichend schützt, soll die Regierung nun genauer prüfen.

Desirée Vogt

Nachdem die Freie Liste (FL) ihre Forderungen für einen Realitätscheck der Sozialwerke bereits im Vorfeld präsentiert hatte, stand das entsprechende Postulat nun im Landtag zur Debatte. Der Landtag überwies den Vorstoss nach einer intensiven Diskussion schliesslich in modifizierter Form an die Regierung.

## Wo die Freie Liste die Lücken sieht

Manuela Haldner-Schierscher (FL) zeichnete im Plenum ein klares Bild der aktuellen Situation. Das bestehende System sei für klassische Vollzeitbiografien konzipiert und lasse Menschen mit Teilzeitpensen, Mehrfachbeschäftigungen oder Care-Verantwortung bei längerer Erwerbsunfähigkeit unzureichend abgesichert zurück. «Unser System lässt Menschen oft im Regen stehen», betonte die Abgeordnete. Besonders gravierend seien die Probleme bei der Invalidenversicherung (IV). Dort führe ein starres Stufensystem bei kleinen Veränderungen im Invaliditätsgrad zu sprunghaften Leistungsänderungen. Zudem kritisierte Haldner-Schierscher die langen IV-Verfahren. Wenn Taggeldleistungen auslaufen und ein Entscheid der IV auf sich warten lässt, steigen laut der Abge-



Manuela Haldner-Schierscher (FL) überzeugte die Mehrheit des Landtags davon, dass überprüft werden muss, wo das Sozialversicherungssystem Lücken aufweist.

Bild: Nils Vollmar

ordneten die finanziellen Sorgen der Betroffenen drastisch, da sie sich oft Geld leihen müssten. Auch die Berechnung von hypothetischen Erwerbseinkommen durch die IV sei für

die Betroffenen ein grosses Problem.

Unterstützung erhielt Haldner-Schierscher unter anderem von Christoph Wenaweser (VU) und Thomas Rehak (DpL).

Wenaweser sah massive Deckungs- und Leistungslücken und erinnerte die Regierung daran, dass es in diese Richtung bereits mehrere Vorstösse gegeben habe, die Beantwortung

lasse seit sieben Jahren auf sich warten. Und Thomas Vogt (VU) griff vor allem die Kritik an der Dauer der IV-Verfahren auf. Als Rechtsvertreter kenne er Fälle, die sechs bis zehn Jahre andauerten. Dieser Frage müsse unabhängig vom Postulat nachgegangen werden.

## Echte Lücken? Oder eine bewusste Entscheidung?

Widerspruch und den Ruf nach mehr Differenzierung gab es aus den Reihen der FBP. Franziska Hoop bemängelte, dass das Postulat ein zu stark defizitorientiertes Bild zeichne. Viele der angesprochenen Punkte seien keine unbeabsichtigten Lücken, sondern bewusste Systementscheidungen, etwa um Missbrauch zu vermeiden oder den Grundsatz «Eingliederung vor Rente» sicherzustellen. Daniel Salzgeber (FBP) pflichtete ihr bei und verlangte, zwingend zwischen echten Lücken und bewusst ausgestalteten Systemgrenzen zu unterscheiden. Soziale Sicherheit bedeute auch, dass das System langfristig tragfähig bleibe. Hoop brachte einen Abänderungsantrag ein, der die Stossrichtung stärker auf Prävention und Wiedereingliederung lenkte.

Die Regierung wies die Forderungen der Freien Liste in der Debatte grossumfänglich zurück. Regierungsrat Emanuel Schädler sah keinen

Handlungsbedarf und wollte im Vorstoss eine klare Stossrichtung zum Ausbau des Sozialstaates erkennen. Die von der IV errechneten fiktiven Löhne spiegelten sehr wohl realistische Einkommen wider. Schädler verteidigte zudem die Dauer der IV-Verfahren, die von der Früherfassung bis zum Gutachten Zeit benötigten, zeigte sich aber erstaunt über die von Vogt genannten Zeiträume von bis zu zehn Jahren. Das System sei grundsätzlich gut, betonte Schädler, und im Vergleich zu anderen Ländern lebe man im Paradies. Er bat deshalb auch darum, nicht nur das Schlechte, sondern auch das Gute im System zu sehen. Regierungsrat Hubert Büchel bat ebenfalls um Ablehnung des Postulats. Sein Ministerium arbeite nämlich bereits an einer Vernehmlassung zur betrieblichen Personalvorsorge, die ohnehin einige der genannten Kritikpunkte aufgreife.

Manuela Haldner-Schierscher entgegnete auf die Kritik, dass ein System mit Lücken Menschen schlichtweg im Stich lasse, auch wenn nicht alles schlecht sei. Nach einem kurzen Time-out präsentierte die Freie Liste einen modifizierten Antrag, über den schliesslich abgestimmt wurde. Der Landtag überwies diesen mit 15 von 24 Stimmen.